

Beilage zur Weisberg-Zeitung

Nr. 165

Freitag, am 18. Juli 1930

96. Jahrgang

Im Reichstage sind Anträge der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden, die die Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten verlangen und der Regierung das Mißtrauen aussprechen.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichstanzler und den preussischen Ministerpräsidenten zu einer längeren Aussprache, deren Ergebnis die obige Besetzung der durch das Stahlhelmverbot in Rheinland und Westfalen und die Abgabe des Reichspräsidenten entstandenen Schwierigkeiten war.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde die Reichsregierung ermächtigt, im Etat 1930 Ersparnisse von mindestens 100 Millionen Rm. von sich aus vorzunehmen. Die Regierung ist verpflichtet, dem Reichsrat und dem Reichstag alsbald mitzuteilen, welche Streichungen sie vorgenommen hat.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten das Beschlusseingangsrecht auch in zweiter Lesung angenommen.

Ergebnis der Woche

Ar. Ar. Niemand wird behaupten, es herrsche politische Sauregurkenzeit. Alles andere können wir heute eher tun, nur nicht im sommerlich durchdrachten Graue liegen und dem himmlischen Weltgeschehen beschaulich nachsinneln. Wer politisch lebt — und welcher Mensch auf dem weiten Erdenrund wäre in seinem ganzen Dasein heute nicht von politischen Auswirkungen betroffen? — schlägt sich mit den verschiedensten Ratseln herum, die einer Lösung harren. Was uns am nächsten liegt, hat der Reichstanzler in seiner eindringlichen Erklärung kurz und bündig ausgesprochen: Kann das Deutsche Reich seine finanzielle Grundlage so sanieren, daß es die ungeheuersten Wirtschaftskatastrophen, von der die ganze Welt ergriffen ist, zu überstehen vermag, ohne daß ein allgemeiner Zusammenbruch eintritt, der die wirtschaftlichen Existenzen jedes einzelnen Deutschen bedrohen muß? — Bei solcher Fragestellung können wir nicht ruhig der Ferienfreude leben! Ganz gewiß hat der Reichstanzler recht: nur dann müßte dem Pessimismus Raum gegeben werden, wenn das deutsche Volk und zunächst seine parlamentarische Vertretung sich der Pflicht entziehen würde, ernsthaft die Sanierung der Staatsfinanzen in Angriff zu nehmen. So ist's sehr hißt kein Mundspitzen mehr, jetzt muß gepiffet werden. Opfer müssen alle bringen. Zunächst einmal schnelle, und dann muß der ganze Haushalt, die ganze Verwaltung gründlich reformiert werden, entsprechend dem Können und Vermögen des Volkes. Daß alle bereit zu diesem Opfergang sind, hat der Reichstag erklärt — aber strittig zwischen den einzelnen Parteien ist das Wie. Was aus eintreten mag, die Not hat das Volk aufgeweckt und aufgerufen. Wer weist den Weg zum Ziel? Es muß ein entscheidener Weg eingeschlagen werden. Das Volk muß wissen, wohin die Fahrt des deutschen Staatschiffes geht, und es muß wissen, daß es zu dem ersten und nächsten Ziel gelangt wird.

Auch die französische Regierung Lardieu konnte das vorgenommene Programm nicht erfüllen. Ehe Lardieu sich stützen ließ, schickte er das Parlament in Ferien und will im Herbst von neuem anfangen.

Inzwischen haben sich Deutschland und Frankreich noch einiges zu sagen. Das Scheitern der Verhandlungen über die Rückkehr des Saargebietes zum Reich hat gerade keine ruhige Stimmung erzeugt, und somit angeht die große, von Briand aufgeworfene Frage eines europäischen Staatenbundes eine wenig erfreuliche Atmosphäre. Nach den Haager Abmachungen mußte jeder annehmen, daß bezüglich des Saargebietes nur noch rein formale Fragen zu erledigen seien. Die Forderung Frankreichs, den Charakter der staatlichen Saargruben zu ändern hat überhaupt keinen Halt in irgend welchen Verträgen oder Abmachungen. Frankreich will nur wieder Geld heraus schlagen. Zu diesem Zwecke — und das ist das Traurigste — werden wieder politische Fälschungen ins Treffen geführt wird Seele und Geist des Volkes an der Saar verdächtig wird die Geschichte dieses Landes vergewaltigt. Kein anderer als Poincaré wagt es, noch einmal all die unglaublichen Märchen aufzutischen, die 1919 von Paris aus in die Welt gesetzt wurden, um einen Raub des Gebietes beschönigen zu können. Die Saarbevölkerung selbst hat diese Unwahrheiten tausendmal in den elf Jahren zurückgewiesen — nun kommt Poincaré und sagt sein Sprüchlein von 1919 nochmals her. Aber die Welt ist heute nicht mehr in der fechtischen Verfassung wie 1919, sie hat mehr Ruhe zum Nachprüfen. Das historische, juristische, politische und moralische Recht spricht das Saargebiet dem Deutschen Reich, dem deutschen Volk zu. Jeder Verstoß gegen dieses Recht vermehrt die Gefahrenpunkte für den Frieden Europas!

Wertwändig, daß gerade Frankreich aus reinen Selbstinteressen einen solchen Gefahrenherd neu entzünden will! Ist es doch Frankreich, das durch seinen Außenminister Briand die große Idee einer europäischen Gemeinschaft zur Diskussion stellt, um den Frieden zu sichern. Ach, armer Friede von Europa, wenn deine Väter — oder wenigstens diejenigen, die deine Väter sein möchten — noch immer glühende Kohlen auf deinen Weg streuen, daran deine lichten Flügel sich verfangen! — Auch Deutschland hat seine Antwort auf Briands Anrede gegeben. Im Prinzip zustimmend wie alle. Im einzelnen jedoch die Vorbedingungen festgelegt, die alle jene Völker voraussetzen, welche an dem augenblicklichen Zustand leiden. Das sind alle Völker mit Ausnahme Frankreichs und seiner Trabanten. Diese

können sich Europa nicht anders denken als so, wie es in Versailles geschaffen wurde von Männern, die von Europa eine recht merkwürdige Vorstellung hatten. Wenn ein friedliches Europa geschaffen werden soll, dann kann es nicht aussehen wie das blutende Gebilde, das sich nach dem Kriege zeigte. Dann muß es in vollem Frieden, ohne Haß, Neid und Mißgunst geschaffen werden. Wird das so bald möglich sein? Es gehört Mut dazu.

England schien zuerst kein sonderliches Interesse an der Idee Briands zu haben. Neuerdings aber steigerte sich sein Interesse in dem Maße, wie neben der Paneuropa-Idee noch eine zweite Idee dem englischen Weltreich gefährlich wurde. Das ist die Amerikanische Idee. Die Idee der Vereinigten Staaten, sich als eigenes großes Wirtschaftsgebiet mit größtmöglicher Abgeschlossenheit vor Einfuhr von Draußen zu etablieren. Da auch die Paneuropa-Idee Briands zunächst den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten des Kontinents zum Ziele hatte, war für England die Situation gefährlich geworden. Was früher nur eine Diskussionsfrage war, ob sich England mit seinen Dominions zu einem großen Wirtschafts-Empire zusammenschließen sollte, wurde heute schon zum innerpolitischen Ziel Englands. Angesichts dessen gewinnen die Kardinalfragen der englischen Politik, Indien und Ägypten, eine ganz andere Bedeutung. Gerade Ägypten ist ein Unruheherd geworden, gleich gefährlich wie Indien. Beide bilden einen politischen Komplex, denn die Bedeutung Ägyptens für England richtet sich ganz nach dem Charakter der englisch-indischen Beziehungen. England hat Indiens wegen die Hand auf Ägypten aequal. Ist die Revolte in Alexandria ein erster Blick?

Zweite Lesung des Osthilfegesetzes

Berlin, 17. Juli.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstags wies Präsident Lobe auf die Veröffentlichung der beiden Notverordnungen der Regierung zur Deckungsfrage hin und leitete mit, daß von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Aufhebung beider Verordnungen und außerdem ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen sei. Die zweite Beratung des Osthilfegesetzes wird dann fortgesetzt.

Abg. Behrens (Chr. Soz.) betont, die Siedlung im Osten müsse gefördert werden, aber die Voraussetzung sei eine Senkung der viel zu hohen Baustoffpreise. Die Regierung müsse einmal einschreiten gegen die unsoziale Preispolitik der Konzerne auf diesem Gebiet.

Auch von den Kommunisten ist ein Antrag auf Aufhebung der beiden Notverordnungen und ein Mißtrauensantrag gegen den Reichstanzler eingegangen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Sp.) äußert, die Osthilfe müsse die Tendenz verfolgen, aus Ostpreußen ein Bauernland zu machen. Der Geltungsbereich der Osthilfe dürfe nicht nach geographischen Gesichtspunkten begrenzt werden.

Abg. Jäder (Soz.) verlangt Besserstellung der Landarbeiter in Ostpreußen und ein Verbot der Beschäftigung polnischer Landarbeiter, solange die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Landarbeitern fortbesteht.

Abg. Menkel (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion, die ganze Provinz Pommern, nicht bloß bis zur Oder, in das Notstandsgebiet der Osthilfe einzubeziehen. Pommern habe unter der Dürre dieses Jahres außerordentlich gelitten. Die pommersche Landwirtschaft sei tief verschuldet. Auch als Grenzland habe Pommern unter der Brenzgehung schwer zu leiden.

Abg. Lennert (Dem.) verlangt die Einbeziehung ganz Pommerns in die Osthilfe und setzt sich für die Landarbeiterchaft ein, die sich in den östlichen Gebieten in elender Lage befindet.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Angenommen werden die von der Wirtschaftspartei beantragten Änderungen, wonach Kreditvereichtungen auch der Binnen-Schifffahrt gewährt, der Vollstreckungsschutz auf die Betriebe von Handwerk, Handel und Gewerbe ausgedehnt und die öffentlichen Arbeiten nur solchen Firmen übertragen werden sollen, die im Wirkungsbereich der Osthilfe liegen.

Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter Beratung gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Angenommen wird dazu eine ganze Reihe von Entschuldigungen. Die Entschuldigung auf Einbeziehung der bayerischen Ostgrenze wird abgelehnt.

Die Vorlage über die Ablösungsbank wird gleichfalls in zweiter Beratung angenommen, ebenso der mit den beiden Vorlagen in Verbindung stehende Ergänzungshaushalt.

Es folgt die zweite Beratung des Milchgesetzes.

Die Vorlage wird nach Ablehnung des sozialdemokratischen Änderungsantrags in der Ausschussfassung mit unwesentlichen Abweichungen in zweiter Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Novellen zum Verborgungs- und Verfahrensgezet, wodurch die Neuanmeldung weiterer Anträge auf Kriegsbeschädigtenversorgung gesperrt wird.

Die Novellen wurden mit der Ausschuss-Entschließung angenommen.

Das Handelstaktengezet (Standardisierungsgezet) wird ohne Aussprache dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Um 6.15 Uhr schließt Vizepräsident Esser die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf 7 Uhr an

Wieder mehr Wohlfahrtserwerbslose

Berlin, 18. Juli

Nach der monatlichen Statistik des Reichsstatistikbundes sind in etwa 1200 kleinen und mittleren Städten am 10. Juni etwa 70 000 Wohlfahrtserwerbslose ermittelt worden, d. h. 9 unterstützte Parteien (ohne Zuschlagsempfänger) auf 1000 Einwohner. Am 31. Mai betrug die Zahl der unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen rund 68 000 oder 8 auf 1000 Einwohner, so daß im Juni eine Steigerung von 12% Prozent eingetreten ist. Seit dem 30. September 1929 hat sich die Zahl der laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen in den kleinen und mittleren Städten mehr als verdreifacht. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung zurückgegangen ist.

Einheitlichkeit der Kreditgewährung

Berlin, 17. Juli.

Der Bedarf an Kapital, der sich für die verschiedenen Zweige des Reichs, insbesondere für die mit der Osthilfe und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Fragen, im Laufe dieses Haushaltsjahres fühlbar machen wird, hat Veranlassung dazu gegeben, daß der Reichsbankpräsident im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die beteiligten Ressorts und sonstigen mit der Kapitalbeschaffung befaßten Stellen des Reichs und Preußens zu einer Besprechung eingeladen hatte.

Um für die Dauer eine Einheitlichkeit in der Kreditverforgung für diese Zwecke sicherzustellen, soll in Zukunft allmonatlich eine beratende Aussprache unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten stattfinden. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen soll Sonderbesprechungen der an ihr unmittelbar beteiligten Stellen mit der Reichsbank vorbehalten bleiben und durch die Reichsbank oder in enger Fühlung mit ihr erfolgen.

Französische Unfairness

Berlin, 18. Juli.

Wie wir erfahren, steht die von der Regierungskommission des Saargebietes vorgenommene Reduzierung des Effektiveinsatzes der Eisenbahnschutztruppe des Saargebietes von 600 auf 250 Mann mit der französischen Heise über den Zweck dieser Truppe, die danach lediglich dem Schutze der Verbindungswege für die Besatzungstruppen dienen sollte, durchaus im Widerspruch. Der Beschluß auf Verminderung, nicht Zurückziehung, trägt keineswegs den Tatsachen Rechnung.

Die Eisenbahnschutztruppe hat ihre Aufgabe erfüllt. Für das Verbleiben selbst nur des Restes besteht kein zureichender Grund. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß England jederzeit seine Truppen zurückgezogen hat, ohne die Regierungskommission oder den Völkerverband weiter mit der Angelegenheit zu befallen.

Amerikas Steps

New York, 17. Juli

Evening Post führt in einem Leitartikel über Deutschlands Antwort an Briand aus: Wenn der Europabund auf die Revision des Versailler Vertrages, auf die Abrüstung und auf den Einfluß Rußlands und der Türkei warten muß, muß selbst der optimistische Briand erkennen, daß die Erreichung seines Zieles in ziemlich weiter Ferne steht. Ohne Deutschland aber ist der Europabund naturgemäß sinnlos. Sollte Briands Plan eine weitere Organisation zur Aufrechterhaltung des Status quo sein, so kann mit Sicherheit gesagt werden, daß Deutschland und Italien nichts davon wissen wollen. Dadurch, daß Briand die politischen Elemente seines Planes über die wirtschaftlichen stellte, hat er gerade den Widerstand hervorgerufen, den er jetzt findet. Briand wird entweder einer weitgehenden Erörterung der politischen Lage Europas zustimmen oder seinen Plan ganz beträchtlich ändern müssen, wenn er nicht die ganze Angelegenheit fallen lassen will.

Mühle Reserve Englands

London, 18. Juli.

Englands Antwort auf Briands Denkschrift ist vom Kabinett gebilligt worden. Sie enthält keine Bestimmungen Zusagen. Britische Kreise sind unvorhergesehen skeptisch und haben kein Interesse für den Plan, soweit sie ihn nicht geradezu mit Mißtrauen betrachten. Sie haben daher auch den ungewöhnlich akademischen Antworten aller Länder wenig Beachtung geschenkt.

Die deutsche Antwort allerdings hat in London aus zwei Gründen beträchtliche Aufmerksamkeit erregt, erstens ist sie an den Stellen, wo gefährliche Punkte berührt werden, mit außergewöhnlichem Takt abgefaßt, und zweitens weist sie auf die Notwendigkeit hin, mit Großbritannien und den Dominions ein Einvernehmen herzustellen durch die Berücksichtigung des besonderen Verhältnisses zwischen dem Mutterland zu seinen anderen Partnern. Die betreffenden Bestimmungen werden naturgemäß in London sehr gewürdigt.

Macdonald behauptet sich

Konserverloher Mißtrauensantrag abgelehnt.

London, 17. Juli.

Das Unterhaus verwarf mit 312 gegen 241 Stimmen den von den Konserverloher eingebrachten Mißtrauensantrag. Vor der Abstimmung führte Schatzkanzler Snowden aus, die Regierung lehne Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe sowie Schutzzölle ab. Auf der Reichstagsferenz wurden keinerlei Fragen von der Debatte ausgeschlossen wer-